

PAUL HAUSER

# Eingriffsnormen in der Rom I-Verordnung

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

278

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

278

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann





Paul Hauser

# Eingriffsnormen in der Rom I-Verordnung

Mohr Siebeck

*Paul Hauser*, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaft, Bucerius Law School Hamburg, Monash University, Melbourne sowie King's College London (LL.M.); seit 2011 Referendar am OLG Frankfurt am Main, Stammdienststelle Landgericht Darmstadt.

e-ISBN 978-3-16-152131-7

ISBN 978-3-16-152063-1

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über [www.dnb.dnb.de](http://www.dnb.dnb.de) abrufbar.

© 2012 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Meinen Eltern



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat im Wintersemester 2010/2011 der Bucerius Law School Hamburg als Dissertation vorgelegen. Die mündliche Prüfung fand am 29. Februar 2012 in Hamburg statt.

Danken möchte ich zuvorderst meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Karsten Thorn, LL.M. (Georgetown), der auch das Thema der Arbeit anregte. Ich habe die Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promotionsstudent an seinem Lehrstuhl an der Bucerius Law School als sehr bereichernd empfunden und bin dankbar für die umfassende Unterstützung und Förderung, die ich von ihm erfahren durfte. Frau Professor Dr. Anne Röthel danke ich für das zügige Erstellen des Zweitgutachtens, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow, LL.M. (Harvard) für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Herrn Felix Dörfelt, LL.M. (Pepperdine), Herrn Dr. Philipp Egler, LL.M. (Miami) und Herrn Mathäus Mogendorf danke ich für wertvolle Anregungen und Diskussionen, Frau Sarah Nietner und Herrn Philipp Koch für das Lesen der Korrekturen, Herrn Martin Kilgus für die technische Unterstützung.

Danken möchte ich schließlich meinen Eltern. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im Mai 2012

*Paul Hauser*





# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Einführung.....	1
§ 1 <i>Gegenstand der Arbeit</i> .....	1
§ 2 <i>Gang der Darstellung</i> .....	2
Kapitel 1: Begriff der Eingriffsnorm.....	5
§ 1 <i>Die Legaldefinition des Art. 9 Abs. 1 Rom I-VO</i> .....	7
A. Internationaler Geltungsanspruch .....	8
B. Überindividuelle Zielrichtung .....	8
I. Sonderprivatrecht als Eingriffsnormen?.....	9
II. Auffassungen in den Mitgliedstaaten unter Geltung des EVÜ .....	9
III. Konsequenzen für Art. 9 Abs. 1 Rom I-VO .....	11
§ 2 <i>Auslegungskompetenz und Kontrollmaßstab</i> .....	13
A. Auslegungskompetenz.....	13
B. Kontrollmaßstab .....	15
I. Grundfreiheitenmaßstab.....	15
II. Missbrauchskontrolle.....	16
III. Stellungnahme .....	17
C. Kriterien zur Konkretisierung der Missbrauchskontrolle .....	21
I. Widerspruch zwischen Anwendung der lex causae und Regelung der Eingriffsnorm.....	22
II. Begründetes und nachgewiesenes Gemeinwohlinteresse.....	22
1. Rechtsvergleichender Ansatz .....	23
2. Gemeinwohlbegriff anhand nationaler Standards .....	23
3. Europäischer Gemeinwohlbegriff.....	23

III. Mindestkontakt zur fraglichen Rechtsordnung.....	26
IV. Zweifelsregelung und Zusammenfassung .....	28
<i>§ 3 Verhältnis zu anderen zwingenden Vorschriften .....</i>	<i>29</i>
A. Binnen- und Binnenmarktsachverhalte .....	29
I. Binnensachverhalte (Art. 3 Abs. 3 Rom I-VO) .....	29
II. Zwingende Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts (Art. 3 Abs. 4 Rom I-VO) .....	30
III. Exkurs: Zwingende Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts in der Rom II-Verordnung (Art. 14 Abs. 4 Rom II-VO).....	32
B. Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzvorschriften (Art. 6 und 8 Rom I-VO) .....	33
I. Meinungsstand.....	33
II. Stellungnahme .....	35
C. Richtlinienkollisionsrecht (Art. 23 Rom I-VO) .....	37
I. Problemumriss .....	37
II. Lösungsansätze und die Regelung des Art. 23 Rom I-VO.....	38
III. Konsequenzen für das Eingriffsrecht .....	41
D. Zwingende Formvorschriften bei Grundstücksverträgen (Art. 11 Abs. 5 Rom I-VO).....	41
<i>§ 4 Verhältnis zum Ordre public (Art. 21 Rom I-VO).....</i>	<i>42</i>
Kapitel 2: Anknüpfung von Eingriffsnormen der lex fori nach Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO.....	43
<i>§ 1 Anwendung deutscher Eingriffsnormen.....</i>	<i>43</i>
A. Voraussetzungen für die Anwendung inländischen Eingriffsrechts ....	43
I. Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen .....	43
II. Richtliniennormen als inländisches Recht? .....	44
B. Rechtsfolgenseite .....	45
C. Beispielsfall.....	46
<i>§ 2 Exkurs: Eingriffsnormen der lex fori in der Rom II-Verordnung.....</i>	<i>47</i>
A. Bisherige gesetzliche Regelungen in Deutschland und anderen Staaten.....	47
B. Begriff der Eingriffsnorm in der Rom II-Verordnung.....	48
C. Kollisionsrechtliche Anknüpfung von Eingriffsnormen der lex fori ....	49
D. Anwendungsfälle.....	49
I. Verkehrs- und Sicherheitsregeln .....	50

II. Schutz des Schwächeren .....	50
Kapitel 3: Anwendung ausländischer Eingriffsnormen nach Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO.....	52
§ 1 Gründe für die Anwendung ausländischen Eingriffsrechts.....	53
A. Statutistischer Ansatz .....	53
B. Eigeninteresse des Forumstaates .....	54
C. Stellungnahme.....	55
§ 2 Entstehungsgeschichte des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO.....	57
A. Vom Ausgangsentwurf zur endgültigen Regelung.....	58
B. Die englischen Bedenken und ihr Einfluss auf die endgültige Fas- sung der Vorschrift.....	61
I. Verzögerung und höhere Kosten durch Anwendung ausländischen Eingriffsrechts .....	62
II. Einschränkung der Parteiautonomie.....	62
III. Wettbewerbsnachteile des Finanzplatzes London .....	63
IV. Furcht vor Einflussnahme der USA .....	64
V. Die Regel aus der Ralli-Entscheidung und Art. 9 Abs. 3 VO.....	65
§ 3 Grundstruktur des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO.....	67
A. Verhältnis von Absatz 3 Satz 1 zu Satz 2 .....	67
I. Zweistufige Prüfung?.....	67
II. Berücksichtigung des Satz 2 auf Rechtsfolgenseite.....	68
B. Zusammenfassung .....	70
§ 4 Tatbestandsseite des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO.....	70
A. Vorliegen einer Eingriffsnorm.....	70
B. Das Unrechtmäßigkeitskriterium .....	71
I. „Illegality“ im englischen Recht .....	71
1. Begriff.....	71
2. Rechtsfolgen der illegality .....	72
3. Nicht erfasste Konstellationen.....	72
4. Schlussfolgerungen für Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO.....	73
II. Unrechtmäßigkeit (Unlawfulness) im Sinne von Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO.....	73
1. Kreis der umfassten Verbotsnormen.....	74

2. Behandlung modifizierender Verbotsnormen .....	76
a) Verstöße gegen Höchst- oder Mindestvergütungs- vorschriften .....	77
b) Verstöße gegen andere modifizierende Normen .....	78
3. Beschränkung auf nachträglich erlassene Eingriffsnormen? .....	79
III. Zusammenfassung .....	80
C. Beschränkung auf Eingriffsnormen des Erfüllungsorts .....	80
I. Der Erfüllungsort nach Art. 5 Brüssel I-VO .....	82
1. Der Erfüllungsort nach Art. 5 Nr. 1 lit. a Brüssel I-VO .....	83
2. Der Erfüllungsort nach Art. 5 Nr. 1 lit. b Brüssel I-VO .....	84
II. Der Erfüllungsort nach der Ralli-Doktrin .....	86
III. Rückschlüsse für die Bestimmung des Erfüllungsortes nach Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO .....	87
1. Anwendbares Recht bei der Bestimmung des eingriffsrechtlichen Erfüllungsortes .....	87
a) Bestimmung nach der <i>lex fori</i> .....	87
b) Bestimmung nach der <i>lex causae</i> .....	88
c) Unionsrechtlich autonome Bestimmung .....	89
d) Stellungnahme .....	89
2. Rechtlicher oder faktischer Erfüllungsort? .....	93
IV. Zusammenfassung und Bewertung .....	94
 § 5 Rechtsfolgenseite des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO .....	94
A. Bisherige Anknüpfungsmodelle zu Art. 7 Abs. 1 EVÜ / Art. 34 EGBGB .....	95
I. Schuldstatutstheorie und Abwandlungen .....	96
1. Datumstheorie .....	97
2. Machttheorie .....	98
3. Territorialitätsprinzip .....	99
II. Materiellrechtliche Berücksichtigung .....	100
III. Kollisionsrechtliche Sonderanknüpfung .....	102
IV. Kumulationstheorie .....	104
B. Wirkungsverleihung in Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO .....	105
I. Absage an die Schuldstatutstheorie und das Territorialitätsprinzip .....	105
II. Bedenken gegen die Datums- und die Machttheorie .....	106
III. Sonderanknüpfung ausländischer Eingriffsnormen unter den besonderen Voraussetzungen des Tatbestands von Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO .....	109
C. Sperrwirkung des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO? .....	111
I. Enge Auslegung des Absatz 3 mit der Konsequenz absoluter Sperrwirkung .....	112

II. Weite Auslegung des Absatz 3.....	113
III. Zweistufige Lösung .....	113
IV. Stellungnahme .....	114
D. Das Ermessen in Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO .....	117
I. Art und Zweck der Eingriffsnorm .....	117
II. Folgen der Anwendung und Nichtanwendung.....	120
1. Faktische Durchsetzungsmacht .....	120
2. Anerkennungsfähigkeit des Urteils.....	121
3. Äquivalenzprüfung.....	121
4. Zusammenfassung.....	122
 § 6 <i>Eingriffsnormen der lex causae und Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO</i> .....	123
A. Privilegierung von Eingriffsnormen der lex causae? .....	123
B. Anwendung des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO auf Eingriffsnormen der lex causae und drittstaatliche Eingriffsnormen gleichermaßen .....	124
C. Stellungnahme .....	124
I. Praktische Relevanz.....	124
II. Indizien für eine Privilegierung von Eingriffsnormen der lex causae .....	125
1. Englische Rechtstradition.....	125
2. Drohende „Zerstückelung“ der Verweisung .....	125
III. Gründe für die Anwendung des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO auf Eingriffsnormen der lex causae.....	126
1. „Zerstückelte“ Anwendung einer Rechtsordnung als kollisionsrechtlicher Regelfall.....	126
2. Formulierung im Kommissionsentwurf von 2005.....	126
3. Erwägungsgrund 37 und Dogmatik des Eingriffsrechts .....	127
IV. Zwischenergebnis .....	128
 § 7 <i>Zusammenfassung und Bewertung</i> .....	129
A. Zusammenfassung .....	129
B. Bewertung .....	130
 § 8 <i>Exkurs: Ausländische Eingriffsnormen in der Rom II-Verordnung</i> ..	131
A. Entstehungsgeschichte.....	131
B. Konsequenzen des Streichens der Regelung über ausländische Eingriffsnormen in der Rom II-Verordnung .....	133
I. Praktische Relevanz.....	133
II. Meinungsstand.....	135
III. Stellungnahme .....	135
C. Anwendungsbeispiel.....	136

Kapitel 4: Primärrechtliche Vorgaben bei der Anwendung von Art. 9 Rom I-VO.....	138
§ 1 Primärrechtliche Einschränkungen bei der Anwendung mitgliedstaatlicher Eingriffsnormen.....	138
§ 2 Primärrechtliche Anwendungspflicht unionsrechtlicher Eingriffsnormen? .....	139
A. Eingriffsnormen des Unionsrechts.....	140
B. Eingriffsnormen anderer EU-Mitgliedstaaten .....	140
I. Hintergrund .....	141
II. Grundlagen der Anwendungspflicht.....	142
1. Art. 4 Abs. 3 EU-Vertrag (ex-Art. 10 EG-Vertrag) .....	142
2. Prozessrechtliche Zuständigkeits- und Verfahrenskonzentration.....	143
3. Rechtstechnische Umsetzung der Anwendungspflicht.....	143
III. Stellungnahme .....	144
 Kapitel 5: Zusammenfassung, abschließende Würdigung und Normvorschlag.....	146
§ 1 Zusammenfassung in Thesen .....	146
A. Begriff der Eingriffsnorm.....	146
B. Eingriffsnormen der lex fori .....	147
C. Ausländische Eingriffsnormen .....	147
D. Primärrechtliche Vorgaben bei der Anwendung von Art. 9 Rom I-VO .....	148
§ 2 Abschließende Würdigung.....	148
§ 3 Normvorschlag.....	150
 Literaturverzeichnis .....	151
Materialien.....	163
Sachregister .....	165

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (1958 ff.; 1952-1957: Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (2003 ff.)
Abs.	Absatz
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom 26. Februar 1996, BGBl. I S. 227 ff.
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.4.2008, ABl. EU 2008 Nr. C 115 S. 47 ff.
AnwBl.	Anwaltsblatt (1926–33, 1951 ff.)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz.	Bundesanzeiger
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 19.8.1896 (RGBl. S. 195 ff.).
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (1951 ff.)
BRDrucks.	Drucksachen des Deutschen Bundesrates (1949 ff.)
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. EG 2001 Nr. L 12 vom 16.01.2001, S. 1 ff.
BTDrucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages (1949 ff.)
Bull arr Cass civ	Bulletin des Arrêts de la Cour de Cassation. Chambres Civiles, (1803 ff.)
bzw.	beziehungsweise
ComMLRev	Common Market Law Review: CMLR, Den Haag (1963 ff.)
d.h.	das heißt
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (1999 ff.)



EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 7.2.1992 (BGBl. II S. 1253, 1256) in der Fassung vom 2.10.1997 (BGBl. II S. 287)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGHE	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968 (BGBl. 1972 II S. 774 ff.)
EUR	Europa-Recht und andere internationale Verträge (1957 ff.)
EurLForum (D)	The European Legal Forum, deutsche Ausgabe (1. 2000/2001 ff.)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (1. 1990 ff.)
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980 (BGBl. 1986 II S. 810)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (1985 ff.)
f.	folgende/r
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GewArch	Gewerbearchiv – Zeitschrift für Wirtschaftsverwaltungsrecht (1955 ff.)
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht (2003 ff.)
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27.7.1957 (BGBl. I S. 1081)
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vom 17.9.1976 (BGBl. I S. 2805)
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly (1952 ff.)
i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
IHR	Internationales Handelsrecht (1999 ff.)
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (1981 ff.)
IPRG	Schweizerisches Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 1.1.1989 (AS 1988, S. 1776 ff.)
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBl.	Juristiaxhw Blätter (1872 ff.)

JZ	Juristenzeitung (1951 ff.)
JIBFL	Butterworths Journal of International Banking and Financial Law (1986 ff.)
JprivIntL	Journal of Private International Law (2005 ff.)
LG	Landgericht
lit.	litera
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Ned int privR	Niederlands internationaal privaatrecht, (1983 ff.)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (1947/48 ff.)
Nr.	Nummer
o.	oben
OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
RebelsZ	Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (1927 ff.)
Rec cours	Recueil des cours de l'academie de Droit International (1925 ff.)
Rev crit dr int priv	Revue critique de droit international privé (1934 ff.)
Rev dr comm belge	Revue de droit commercial belge (1983 ff.)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft, Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (21. 1975 ff., vorher AWD)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. EG Nr. L 177, S. 6 ff.
Rom I-VO-E	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnis anzuwendende Recht (Rom I) vom 15.12.2005, KOM (2005) 650 endgültig
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), Bbl. Nr. L 199, S. 40 ff.
Rom II-VO-E 2003	Vorschlag für eine Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), 22.7.2003, KOM (2003) 427 endgültig
Rom II-VO-E 2006	Geänderter Vorschlag für eine Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), 21.2.2006, KOM (2006) 427 endgültig
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten

## XVIII

### *Abkürzungsverzeichnis*

u.a.	unter anderem
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 9.9.1965 (BGBl. I, S. 1273)
v.	versus
VersR	Versicherungsrecht. Juristische Rundschau für die Individualversicherung (1950 ff.)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WM	Wertpapiermitteilungen (1947 ff.)
YbPrivIntL	Yearbook of Private International Law, Den Haag (1999 ff.)
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (1993 ff.)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht (191 ff.)
ZvglRW	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (1878 ff.)